



SPD

Die sozialdemokratische
Kreistagsfraktion
im Landkreis Esslingen

SPD • Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

HAUSHALT 2017

Stellungnahme und Anträge

Donnerstag, 27. Oktober 2016

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Eininger,
sehr geehrte Herren und Damen, liebe Kollegen und Kolleginnen,

bei der zweiten Lesung zum Haushalt im letzten Jahr war das Thema „Flüchtlinge“ das zentrale.

In diesem Jahr ist es nach wie vor ein wichtiges, ein wesentliches Thema, wenn es auch nicht mehr die Brisanz hat.

Ging es vor einem Jahr vor allem darum, Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, so steht heute – nachdem sich die Zahl der Flüchtlinge erheblich reduziert hat – die Herausforderung „Integration“ im Vordergrund.

Es gibt noch viel zu tun und es läuft – verständlicherweise – auch nicht alles rund. Wir haben Gespräche geführt und in einem gesonderten Schreiben an die Landkreisverwaltung noch einmal Problemstellungen aufgezeigt und Fragen angeführt. Wir danken für eine Beantwortung!

Uns ist insbesondere ein Anliegen, die Ehrenamtlichen zu unterstützen. Ohne deren praktisch-konkrete Arbeit und deren vielseitigem Engagement wäre diese Herausforderung nicht zu meistern. Darüber sind wir uns alle einig.

Hinter jeder Zahl stehen Einzelschicksale. Das sollten wir uns immer wieder vergegenwärtigen. Selbstverständlich sind rechtliche Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Aber es gilt auch, Spielräume zu nutzen.

Es ist eine Frage der Einstellung, der Haltung, ob man das will.

Es muss in unser aller Interesse sein, dass Flüchtlinge darauf vertrauen können, dass uns deren Integration ein Anliegen ist.

Einige unserer Anträge beziehen sich auf dieses Themenfeld!

Unsere beruflichen Schulen im Landkreis leisten mit der Beschulung von Flüchtlingen in den sogenannten VABO- und VAB-Klassen einen wichtigen Beitrag. Die Beherrschung der Sprache ist die Grundlage für eine Integration, sprachliche Kompetenz ist die Voraussetzung für eine Berufsausbildung. An der Stelle sei ein herzlicher Dank gesagt allen, die sich in unseren beruflichen Schulen um Flüchtlinge kümmern und entscheidende Grundlagen schaffen!

Wir bitten um einen Sachstandsbericht im KSA über die Umsetzung der Beschulung von Flüchtlingen und wir bitten um Prüfung, ob aufgrund der geringeren Anzahl geflüchteter junger Menschen wiederum eine Ausweitung der Beschulung auf 21 Jahre erfolgen könnte.

Ein weiterer Antrag für den SOA betrifft organisatorische Schwierigkeiten und personelle Probleme bei der Ausländerbehörde. Zielsetzung muss sein, eine zeitnahe Verbesserung der Situation herbeizuführen. Es bedarf einer behördlichen Genehmigungspraxis, die Türen öffnet und nicht verschließt.

Des Weiteren beantragen wir einen Maßnahme-Plan, der aufzeigen soll, wie Hürden für eine Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Flüchtlinge abgebaut, Hindernisse beseitigt werden können.

Wir bitten darum aufzuzeigen, wie auch der Landkreis mit seinen Eigenbetrieben aktuelle Beschäftigungsangebote anbieten und potentielle aufzeigen kann.

Es ist im persönlichen Interesse von Menschen, ihrer Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit und für eine nachhaltige Integration ein entscheidender und unerlässlicher Faktor, wenn anerkannte Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Und es führt zu einer Kostenersparnis der Sozialkassen.

Wenn nur 200 potentielle Leistungsbezieher eine Arbeit finden, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können, wird – wenn wir von einer monatlichen staatlichen Unterstützungsleistung von 400 Euro ausgehen – der Haushalt des Landkreises um rund 1 Million Euro entlastet.

Das halten wir für möglich und leistbar und deshalb haben wir auch einen entsprechenden Antrag gestellt.

Ein weiterer, im SOA zu behandelnder Antrag lautet, die Möglichkeit der vollständigen Delegation der Betreuung von Flüchtlingen in der Anschlussunterbringung an die AWO.

Des Weiteren bitten wir um eine Übersicht darüber, auf welcher Berechnungsbasis und welche Summe im Haushaltsjahr 2016 an die AWO ausbezahlt wurde.

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt einen Sachstandsbericht zur neu geschaffenen Wohnheimverwaltung des Landkreises, über deren Strukturen und Abläufe, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten.

Darüber hinaus bitten wir zu prüfen, inwieweit im Rahmen des umfangreichen Kunst-Engagements des Landkreises Kunstprojekte oder Kooperationen mit Flüchtlingen ermöglicht werden können, wie beispielhaft und vorbildlich bereits mit einer Fotoausstellung sowie örtlichen musikalischen und künstlerischen Projekten Zeichen gesetzt wurden.

Kunst beinhaltet in hohem Maße einen integrativen Faktor. Kultur bedeutet Ideen und Begegnungen. Kultur ist deshalb ein wichtiges Bindeglied.

Unser Landkreis hat ja erfreulicherweise im kulturellen Bereich Einiges vorzuweisen.

Die großzügige Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern durch den Landkreis erfolgt auf vielfältige Art und Weise.

Erfreulich und lobenswert ist, dass Initiativen und Ideen aus der Mitte des Kreistages von der Verwaltung aufgegriffen und engagiert umgesetzt werden – ganz aktuell im nächsten Jahr im Freilichtmuseum Beuren.

Einer unserer im KSA zu behandelnden Anträge beinhaltet die Anregung, die Kunstsammlung des Landkreises durch weitere Veranstaltungen und Ausstellungsflächen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und diesbezüglich mit den Kommunen zu kooperieren.

Ein gutes berufliches Bildungssystem ist für unseren Landkreis ein zentraler Standortfaktor. Folgerichtig wurden in diesem Bereich in den letzten Jahren von Kreistag und Verwaltung wichtige Weichenstellungen vorgenommen.

Der Schulentwicklungsplan wurde in einem gemeinsamen Prozess mit den Schulen, der IHK und der Handwerkskammer fortgeschrieben und wichtige bauliche Maßnahmen wie der Neubau der Albert-Schäffle-Schule und der Neubau der Sporthalle am Schulzentrum Zell wurden auf den Weg gebracht.

Unser Landkreis ist also auch im Bereich berufliche Bildung für die Zukunft gut aufgestellt.

Bei unseren Schulbesuchen vor Ort haben wir sehr offene und konstruktive Gespräche geführt und eine Reihe von Fragen und Anregungen aufgenommen, die wir in diese Haushaltsberatungen in Form von Prüfanträgen einbringen.

Als Stichworte mögen genügen:

- Sachstandsbericht über den Standort und die Zeitplanung eines Ersatzbaus für die Sporthalle Philipp-Matthäus-Hahn- Schule in Nürtingen
- Prüfung, ob statt einer Sanierung des U3-Baus im Berufsschulzentrum Kirchheim ein Neubau die wirtschaftlichere Variante ist.
- Anfrage - mit der Bitte um Prüfung -, ob durch eine zentrale Stelle zur Koordination der Netzwerke und der Software-Infrastruktur bei den beruflichen Schulen Synergieeffekte entstehen könnten.

Wir denken diesbezüglich auch an eine Einbeziehung des Kreismedienzentrums.

Während die grün-rote Landesregierung im Bildungsbereich wichtige Reformvorhaben auf den Weg gebracht hat– wie Ganztageschule, Gemeinschaftsschule und den Inklusionsprozess – sowie im Jugendhilfebereich die Schulsozialarbeit, wollte die aktuelle grün-schwarze Landesregierung in der Bildungspolitik nun zunächst wieder einen Stillstand, ja sogar Rückschritt herbeiführen.

Aufgrund von zu Recht heftigen Reaktionen wurde nun wiederum ein Rückzieher gemacht und Kompromisse vereinbart.

Inwieweit diese echt und tragbar sind, wird sich zeigen.

Ein zentrales Thema im vergangenen Jahr war auch der Kreisjugendring. Die Mitglieder des Konsolidierungsausschusses haben – wie die Verantwortlichen und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des KJR und der Landkreisverwaltung – gute Arbeit geleistet. Die finanzielle Basis des KJR steht und wir können mit den neu geschaffenen Strukturen hoffnungsfroh in die Zukunft schauen.

Nun ist es aber wichtig, sicherzustellen, dass die finanzielle Ausstattung der deutlich vergrößerten Geschäftsstelle auskömmlich ist.

Der Landkreis hat mit Hilfe des Beratungsunternehmens Dornbach die Ausweitung der Geschäftsstelle gerade im kaufmännischen Bereich als dringend erforderlich angesehen. Die Mitglieder des Konsolidierungsausschusses haben entsprechende Beschlüsse gefasst.

Nach unserer Auffassung kann diese Erweiterung nun aber nicht allein zu Lasten von anderen Angeboten des KJR gehen. Zu einem großen Teil ist diese Erweiterung auch für die gute Fortsetzung des Esslinger Modells notwendig gewesen. Deshalb ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass der Ansatz zur Finanzierung des KJR lediglich um 2% oder 50.000 Euro erhöht worden ist. Hier erscheint uns ein deutlich höherer Ansatz angemessen, wenn wir nicht riskieren wollen, dass binnen kurzer Zeit wieder eine finanzielle Schieflage entsteht.

Deshalb müssen die daraus resultierenden Lasten jetzt aber auch anteilig für das Esslinger Modell getragen werden. Ein entsprechender Antrag von uns beinhaltet diese Forderung.

Des Weiteren erwarten wir eine Klarstellung, wie in der Zukunft die verbandliche Arbeit koordiniert werden soll. Was ist weiterhin Kernaufgabe des KJR als Dachverband und welche Aufgaben übernimmt das neu gebildete Kreisjugendreferat?

Für das kommende Jahr ist ein Konzept zur dauerhaften Sicherung der Jugendagenturen im Landkreis vorgesehen.

Wir halten die Jugendagenturen für eine wichtige Schnittstelle zwischen Schule und Beruf – insbesondere auch für Menschen mit Migrationshintergrund.

Wir begrüßen, dass die erfolgreiche Arbeit fortgeführt werden kann.

Anliegen unserer Fraktion ist auch, dass Nachhaltigkeit ein Markenzeichen unseres Landkreises wird.

Nachhaltige Entwicklung heißt nicht Konzentration und Begrenzung auf ein „grünes Thema“ – also nur auf die Ökologie, die Umwelttechnik und Umweltplanung.

Nachhaltige Entwicklung kann nur gelingen, wenn auch ökonomische und soziale Aspekte berücksichtigt werden.

Und nachhaltige Entwicklung kann nur gelingen, wenn es von einem ethisch geprägten Denken und Handeln getragen wird.

Kommunen und die Wirtschaft spielen im Hinblick auf Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle. Für Kommunen liegen vom Land Baden-Württemberg Anleitungen vor, den Nachhaltigkeitsprozess zu organisieren. In einzelnen Bereichen hat der Landkreis Esslingen mit der Region Stuttgart Ansätze dieser Strategie formuliert – z.B. bei der nachhaltigen Mobilität. Ziel soll es sein, nach einer Bestandsaufnahme und Analyse bei Kommunen und Unternehmen die bisherigen Erfahrungen zu beschreiben. Im Anschluss daran wird es darum gehen, sich auf strategische Überlegungen zu verständigen, um den Landkreis Esslingen zu einem Nachhaltigkeits-Landkreis zu entwickeln.

Für den ATU gibt es von unserer Fraktion drei zu behandelnde Anträge!

Einen zum Thema „Landschaftspark Region Stuttgart“ mit der Frage, warum es im Landkreis Esslingen im Bereich „Schwäbische Alb – Albtrauf“ diesbezüglich einen weißen Fleck gibt.

Mit einem zweiten beantragen wir einen Bericht über die Folgen der Energiewende in unserem Landkreis im Vergleich mit anderen Landkreisen.

Und in einem dritten beantragen wir zu berichten, wie bei zukünftigen Baumaßnahmen des Landkreises – insbesondere auch bei der Sanierung bzw. einem Neubau des Landratsamtes – die für die Internationale Bauausstellung 2027 festgelegten „4x4-Themenwelt“ einbezogen werden kann.

Unsere Kreiskliniken sind erfreulicherweise unverändert auf einem guten Weg. Das verdeutlichen die gestiegenen Fallzahlen und die Casemix/ gestiegenen Schweregrade, die für die Erlöse eine entscheidende Rolle spielen. Die Strukturentscheidungen der letzten drei Jahre waren wichtig und richtig.

Klar ist aber auch, dass das operative Betriebsergebnis im Auge behalten werden muss. An ihm zeigt sich, ob die Wirtschaftlichkeit gegeben ist.

Wesentlich zu dieser positiven Trendwende beigetragen hat ein engagiertes und leistungsfähiges Ärzte- und Pflegepersonal. Unser ausdrücklicher Dank gilt ihnen. Bei aller technischen Ausstattung und medizinischen Kompetenz ist für das Wohl der Patienten, das immer im Mittelpunkt stehen sollte, der Umgang von Mensch zu Mensch entscheidend.

Wünschenswert ist, dass es jeden Tag aufs Neue gelingt, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Bei den im VFA zu behandelnden Anträge habe ich den Antrag mit der Überschrift „Integration von anerkannten Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt“ bereits erwähnt.

In einem Antrag unter der Überschrift „faire Finanzverteilung“ beantragen wir, den Ansatz für die Schlüsselzuweisungen um 6 Millionen Euro zu erhöhen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Finanzausgleichsumlage entsprechend der Steuerkraft der Gemeinden um 5,6% steigt.

Die Einnahmen aus Gewerbesteuern und damit die daraus zu entrichtende Umlage steigen ebenfalls deutlich. Bei den Gemeinschaftssteuern wird diese Entwicklung ebenso gegeben sein.

Wenn sich das Land fair verhält und sich nicht mehr als bisher aus den Mitteln der Finanzausgleichsmasse bedient, kann von einem Kopfbetrag für die Landkreise in Höhe von 668 Euro ausgegangen werden. Dies würde zu Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen des Landes von rund 6 Millionen Euro führen.

Erst Anfang dieser Woche ist der Landeshaushalt eingebracht worden.

Bereits im Vorfeld hat sich abgezeichnet, dass die Kommunen einen sogenannten Konsolidierungsbeitrag von voraussichtlich 300 Millionen Euro pro Jahr erbringen sollen.

Damit stünden den Kommunen pro Jahr und Einwohner/-in rund 30 Euro weniger zur Verfügung als bislang.

Während bei der grün-roten Landesregierung die Vorwegentnahme um insgesamt 50 Millionen Euro zurückgeführt wurde, hat die jetzige grün-schwarze Landesregierung eine Erhöhung in einer beträchtlichen Größenordnung geplant.

Der Etat des Landes erhöht sich insgesamt um eine Milliarde Euro, eine grün-schwarze Landesregierung plazierte in Nebenabsprachen ihre jeweiligen „Lieblingsprojekte“ und die Kommunen sind die Hauptadressaten der Einsparbemühungen – das kann nicht sein, das geht nicht an, das ist alles andere als fair und verlässlich.

Es ist kein guter politischer Stil, wenn die Kommunen geschröpft werden sollen, wenn beim Landeshaushalt 2017

- unter den Erwartungen liegende Flüchtlingsausgaben ,
- deutlich höhere Steuereinnahmen,
- deutlich niedrigere Zinsausgaben und
- erhebliche Reserven gegeben sind.

Im November sollen die Verhandlungen weitergeführt werden.

Bei der Landkreisversammlung am Montag hat es nicht an deutlichen Worten gemangelt. Gehört wurden diese, jetzt geht es darum, erhört zu werden.

Unbestritten ist, dass die Kommunen das Fundament unseres Gemeinwesens sind. Hier ist Politik bürgernah erlebbar und spürbar – ob es um Kleinkindbetreuung, Schulentwicklung oder die Aufnahme von Flüchtlingen geht.

Unsere Kommunen benötigen Vertrauen in das Land.

Und unsere Kommunen benötigen Vertrauen in den Landkreis.

Von Vertrauen darf nicht nur gesprochen, es muss vor allem entsprechend gehandelt werden.

Auch unter der Überschrift „faire Finanzverteilung“ beantragt unsere Fraktion, den bisherigen Hebesatz von 32,5 Prozentpunkten beizubehalten.

Der weitaus größte Anteil an den Einnahmen des Landkreises kommt von den Gemeinden.

Aufgrund der prozentualen Beteiligung an der Steuerkraft der Gemeinden profitiert der Landkreis bei einem gleichbleibenden Hebesatz ebenfalls mit 7,9%. Für das Jahr 2017 bedeutet das zusätzliche Einnahmen von 17 Millionen Euro – insgesamt damit 232,1 Millionen Euro. In der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung sind Einnahmen aus der Kreisumlage von 226,7 Millionen Euro vorgesehen. Also stehen dem Landkreis bei einem gleichbleibenden Hebesatz 5,4 Millionen mehr als bisher geplant zur Verfügung.

Durch die stetigen Ergebnisverbesserungen der Vorjahre wurden erheblich mehr Eigenmittel erwirtschaftet als geplant. Unabhängig davon kann auch 2017 wieder mit Ergebnisverbesserungen gerechnet werden – da sind wir sicher.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!